



Bettina Hagedorn

Ihre Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstornarn

www.bettina-hagedorn.de

Stark im Handeln – nah bei den Menschen!



Eutin, den 03.07.2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

dieser Rechenschaftsbericht für die letzten 2 Jahre meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete ist nur eine knappe Zusammenfassung dessen, was ich Ihnen regelmäßig an Informationen zur Verfügung stelle: die Bandbreite der Themen in Berlin in den letzten zwei Jahren, die Gesetzesvorhaben und Diskussionsprozesse, mein Wirken im Wahlkreis, meine Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen, meine Kontakte zu verschiedenen Zielgruppen, Bürgerinnen und Bürgern – über all das lege ich regelmäßig Rechenschaft ab, weil ich glaube, dass nur über diese Transparenz von politischer Arbeit Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei den Bürgern erreicht werden kann:

I. Meine Aufgabenschwerpunkte in Berlin



Seit 2005 haben sich meine Aufgabenschwerpunkte im Deutschen Bundestag gegenüber der ersten Wahlperiode geändert. Ich bin weiterhin Mitglied des Haushaltsausschusses – allerdings jetzt nicht mehr als Hauptberichterstatterin für das Bundesfamilienministerium mit damals Renate Schmidt (SPD) an der Spitze, sondern für das Bundesinnenministerium mit Wolfgang Schäuble (CDU) – ein Wechsel, den man sich inhaltlich und personell kaum gegensätzlicher vorstellen kann. Ich bin jetzt verantwortlich für so verschiedene Themenbereiche wie den Katastrophenschutz mit dem Technischen Hilfswerk und anderen Verbänden (wie den Feuerwehren, der Johanniter-Unfallhilfe und der DLRG), für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes mit den Sprach- und Integrationskursen sowie den interreligiösen Dialog, für die Minderheiten in Deutschland (z.B. die Friesen und die dänische Minderheit), die Bundeszentrale für politische Bildung und Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie für den Sport mit der Ausrichtung von Fußball- und Leichtathletik-Weltmeisterschaften, die Verbandsförderung bis hin zur wirksamen Bekämpfung des Dopings. Die Hauptthemen in

meiner Zuständigkeit sind allerdings häufig konfliktträchtig in der Großen Koalition, wie der ganze Bereich der Inneren Sicherheit mit der Bundespolizei(reform), dem Bundeskriminalamt und dem Verfassungsschutz, weswegen ich seit 2005 außerdem Mitglied im Vertrauensgremium (zuständig für den Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst und den MAD – also für die 3 Geheimdienste) bin. Damit bin ich verantwortlich im Haushaltsausschuss auch für die Themen der Anti-Terror-Gesetzgebung inklusive der Online-Durchsuchung bis hin zur Telefonüberwachung und gleichzeitig für die Arbeit des Datenschutzbeauftragten und die des Statistischen Bundesamtes mit dem „Mikrozensus“ – d.h. für die nächste „Volkszählung“. Dies ist eine „bunte Mischung“, eine große Herausforderung und eine spannende, brisante Themenvielfalt, die mein ganzes Engagement in Berlin erfordert. Seit September 2008 stand die Arbeit der „Haushälter“ in Berlin in einem besonderen Fokus der Öffentlichkeit, weil der Haushaltsausschuss die Federführung sowohl für den 500-Mrd.-Euro-Bürgschaftsschirm für die Banken wie auch für die 80-Mrd.-Euro schweren Konjunkturpakete I und II hat – die größte Herausforderung und Verantwortung, seitdem ich Abgeordnete bin.

Meine Schlüsselstellung im Haushaltsausschuss konnte ich zugunsten Schleswig-Holsteins und meines Wahlkreises bei wichtigen Haushaltsverbesserungen z.B. für die Bereitschaftspolizei in Eutin, die Ortsgruppen und Jugendarbeit des THW und die dänischen und friesischen Minderheiten nutzen, vor allem aber für den Erhalt wichtiger Bundespolizeistandorte (z.B. in Neustadt, Lübeck und Ratzeburg) bei der Bundespolizeireform im April 2007. Das Maritime Schulungszentrum der Bundespolizei in Neustadt erhielt 2008 und 2009 zusammen über 3,2 Mio. Euro zusätzlich für Sachausstattung und Investitionsmittel zur Gebäudesanierung sowie eine Personalaufstockung von 13 auf 37 Mitarbeiter. Die Sanierung der KZ-Gedenkstätte in Ahrensböök wird zu 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert und ebenso der Verein "Baltic Blues" in Eutin für einen internationalen Blues-Wettbewerb. Die Feldsteinkirche Ratekau erhält 800.000 Euro an Bundesmitteln für die dringend



Eutin soll 2009 „Hauptstadt des Blues“ werden.

notwendige Sanierung. Das unter Rot-Grün etablierte Institut für Ökolandbau in Trenthorst bei Reinfeld, das im Rahmen einer Neustrukturierung der Ressortforschung 2006 auf der „Streichliste“ von Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer (CSU) stand, konnte als einziger Standort von dieser Liste bundesweit gerettet und nun auf Dauer mit 80 Arbeitsplätzen gesichert werden. Eine riesige "Erfolgsstory" für meinen Wahlkreis war die Förderung von 23 Ganztagschulprojekten mit über 12 Mio. Euro aus Bundesmitteln seit 2003. Bei der

Bundeszentrale für politische Bildung konnte ich die bundesweite Einführung der „Ecopolicyade“ bewirken, die ursprünglich von Lehrern aus Bad Malente für Hauptschulklassen „erfunden“ wurde und in Schleswig-Holstein seit Jahren fester Bestandteil des Angebotes an allen allgemeinbildenden Schulen ist – 200.000 Euro stehen jetzt Jahr für Jahr im Bundeshaushalt bereit, um Software für die Schulen zu beschaffen, spezielle Lehrerfortbildung zu betreiben und jedes Jahr in Berlin einen großen Abschlusswettbewerb auszustatten. Ab 2009 habe ich zusätzlich 500.000 Euro bei der Bundeszentrale etatisieren können, um Projekte für Schülerinnen und Schüler zu initiieren, die mehr Interesse an Politik und den demokratischen Strukturen unseres Staates zu bewirken – insbesondere soll dadurch die Wahlbeteiligung konkret bei den Europa- und Bundestagswahlen 2009 gestärkt werden – auch an Schulen in Ostholstein.

Ich bin weiter Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und dort zuständig für das Familien- und Gesundheitsministerium, sowie stellv. Mitglied im Tourismusausschuss. Als wichtige Funktion habe ich das Amt der stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion übernommen und bin dort speziell für den ländlichen Raum zuständig. Wir arbeiten eng mit der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) zusammen und tauschen uns regelmäßig mit den drei Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene aus. Aus meiner Sicht war einer der wichtigsten Erfolge der SPD in der Großen Koalition – neben dem aktuellen 10-Mrd.-Euro Programm des Bundes zur Finanzierung kommunaler Investitionen vorrangig in Bildung und Klimaschutz - der Erhalt der Gewerbesteuer und deren Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in zwei Schritten seit 2003. Vergessen wir nicht: die CDU/CSU wollte die Gewerbesteuer ebenso wie die FDP eigentlich als eigene Kommunalsteuer abschaffen. Das haben wir verhindert. Mit den gesetzlichen Veränderungen konnte die Gewerbesteuer konjunkturunabhängiger gestaltet werden – die Einnahmen bei den Städten und Gemeinden steigen seit 2004 ständig und solide an. Ich bin froh, dass der Bund die Kommunen in den letzten Jahren nachweislich sogar stärker entlastet hat, als dieses in Gesetzen verbindlich zugesagt war: Bereits durch die Gemeindefinanzreform 2003 noch unter Rot-Grün stiegen die Gewerbesteuereinnahmen 2004 binnen nur eines Jahres statt der versprochenen 2,5 Milliarden um satte 5,4 Milliarden Euro. Seit 2003 hat sich die Kommunale Steuereinnahmesituation netto von 46,7 Milliarden Euro auf 2007 ca. 72,1 Milliarden Euro kontinuierlich und nachhaltig erhöht – **das ist ein Plus von über 25 Milliarden Euro bundesweit in den kommunalen Kassen pro Jahr!** 2008 wurde dieser Betrag noch übertroffen - die Gewerbesteuerquelle sprudelt wieder: In Schleswig-Holstein wurde 2008 erstmals eine Rekordeinnahme von über einer Milliarde Euro kalkuliert – das sind 250 Millionen Euro mehr per anno als noch vor drei Jahren! Auch in unserem Wahlkreis ist diese

Entwicklung in den Medien ständig über die positiven Jahresabschlüsse der Kommunen mit zu verfolgen. Allerdings ist mir wichtig festzustellen, dass der Bund diesen Steuerfluss zu seinen eigenen Lasten in die „Tasche“ der Kommunen nicht mit dem Ziel des kommunalen Schuldenabbaus gesetzlich geregelt hat, sondern um den Städten und Gemeinden vor allem das dringend benötigte Geld für mehr und bessere Bildungsangebote ab dem ersten Lebensjahr für Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Jugendpflege zur Verfügung zu stellen – dabei müssen vor allem auch kleine Gruppengrößen, die Qualität des Personals und flexible Öffnungszeiten gewährleistet werden. Die Kommunen in Schleswig-Holstein mit ihren überwiegend konservativen Mehrheiten spielen im bundesweiten Vergleich allerdings bei den Bildungsinvestitionen für Kinder und Jugendliche und der Entlastung der Eltern (z.B. Sozialstaffel) eine eher traurige Schlusslicht-Rolle. Von den 25,8 Mio. Euro, die der Bund allein 2008 und 2009 den Kommunen in Schleswig-Holstein zweckgebunden für den Ausbau der Krippenplätze für unter 3-Jährige bereit gestellt hat, waren bis Juni 2009 nur 1,3 Mio. Euro abgerufen – das sind 5,2 % und rangiert am Ende der bundesweiten Skala! Dabei ist der Nachholbedarf im Norden besonders groß: in Ostholstein haben wir derzeit eine Betreuungsquote von 8 % bei den unter 3-Jährigen, obwohl es bis Ende 2012 – gesetzlich als Rechtsanspruch geregelt – 35 % sein müssen. Da gilt im Interesse der Kleinsten und ihrer Eltern: nicht kleckern, sondern klotzen!



SPD - Landesvorstand

Wichtige Schwerpunkte von mir waren in der Arbeitsgruppe für Kommunalpolitik auch der Kampf um gesetzliche Festlegungen für Erdkabel (2006 im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz und jetzt 2008 im Energieleitungsausbaugesetz EnLAG) sowie die Sicherung der Situation von Stadtwerken im Wettbewerb mit den "Energiesektoren". Mit diesem Engagement knüpfte

ich gern an meine 20jährige kommunalpolitische Arbeit am Bungsberg an – die letzten sechs Jahre bis 2003 als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin. Seit 2003 arbeite ich im SPD-Landesvorstand – seit 2007 als stellvertretende Landesvorsitzende. Und auch dort gilt mein besonderes Augenmerk neben anderen Themen insbesondere dem ländlichen Raum.

II. Das Ziel meiner Arbeit: Transparenz herstellen, Informationen aufbereiten, aufklären und überzeugen – zum Mitmachen und Einmischen motivieren!

1. Natürlich kann ich im Folgenden nur eine knappe Übersicht über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete Jahren geben. Ich informiere regelmäßig über relevante aktuelle Themen und Initiativen im Bundestag ebenso wie über Veranstaltungen und

Termine im Wahlkreis nicht nur in meinem „**Bericht aus Berlin**“ – in den letzten fünf Jahren sind 36 Ausgaben davon erschienen. Zusätzlich erarbeite ich **Informationsblätter** zu komplexen Themen – diese stehen nicht nur auf meiner Homepage, sondern werden an alle, die sich als Interessierte eingetragen haben, per Mail oder als Kopie verteilt. Allein seit Ende 2007 sind folgende Informationsblätter erschienen:

- Politische Bewertung der Gesundheitsreform, 01/2007
- Gesetzlicher Schutz für Patientenverfügungen, 05/2007; aktualisiert 06/2009
- Private-Equity-Gesetz, 07/2007
- Gentechnik, 09/2007
- Neue Energie – Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert, 09/2007
- Die Zukunft wächst auf dem Land - Perspektiven für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein, 12/2007
- Warum wir gesetzliche Mindestlöhne brauchen, 02/2008
- "Wie viel Solidarität können wir uns leisten? – Plädoyer für einen starken Staat und nachhaltige Haushaltspolitik - Beitrag zur 2. Norddeutschen Sozialwirtschaftsmesse an der FH Kiel am 08.10.2007, 02/2008
- Riester-Rente lohnt sich! Informationen zu Altersvorsorge und Grundsicherung, 03/2008
- Kürzung der Pendlerpauschale juristisch umstritten – Entscheidung fällt Ende 2008!, 03/2008
- Verabschiedung der Pflegereform bringt Positives für Pflegende und Gepflegte, 03/2008
- Die Änderung des Stammzellgesetzes – Positionen in einer kontroversen Debatte, 03/2008
- Wohngelderhöhung wird ab Januar 2009 auf die Warmmiete gewährt und angepasst, 03/2008
- Diätenerhöhung gekippt! – Vorreiterrolle der Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein hat sich durchgesetzt, 05/2008
- Das Konjunkturpaket II – Konjunktur für Kommunen, 02/2009
- Das Konjunkturpaket II – Maßnahmen für Unternehmen in der Baubranche
- Die Fehmarnbeltquerung – Daten und Fakten zur Beltquerung und Hinterlandanbindung, 05/2009

2. Zusätzlich bringen wir neun SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein als Landesgruppe seit 2006 viermal jährlich einen **Newsletter** heraus. Auch dieser kann bei Interesse über Mail oder in Papierform über mein Büro in Eutin bezogen werden und dann an unsere Mitstreiter vor Ort ausgegeben werden. Einige Ortsvereine und Arbeitsgruppen machen von diesem Angebot zur Information an Mitglieder und Interessierte schon Gebrauch – nutzen Sie es!
3. Seit der letzten Bundestagswahl 2005 habe ich **ca. 264 Presseerklärungen** (Stand: 26.06.09) abgegeben, die alle auf meiner Homepage (www.bettina-hagedorn.de) abrufbar sind. Diese Arbeit halte ich für besonders wichtig, damit die Menschen nicht erst in den Wochen und Monaten vor der nächsten Wahl registrieren, wofür und wogegen ich mich engagiere.
4. Einen immer größeren Rahmen in der politischen Öffentlichkeitsarbeit nimmt meine **Homepage** ein – sie im Hinblick auf meine Wahlkreisarbeit und meine Arbeit in Berlin stets aktuell zu halten, ist ein enormer Arbeitsaufwand, den ich nur mit der großen Unterstützung meiner Mitarbeiter schaffen kann. Wir sind damit anerkannt erfolgreich: In einer von der Zeitschrift "Politik & Kommunikation" im September 2007 erstellten Liste der TOP 100 der besten Internetauftritte von Bundestagspolitikern belegte meine Homepage Platz 52 – insgesamt haben wir 612 Bundestagsabgeordnete!
5. **Transparenz bei meinen Einnahmen** ist für mich selbstverständlich, und deshalb veröffentliche ich seit Beginn meiner Abgeordnetenzeit meine Einkünfte und Ausgaben – kontinuierlich seit 2004 sind meine Steuerbescheide in der Rubrik „**Gläserne Abgeordnete**“ auf meiner Homepage nachlesbar. Es gibt nur sehr wenige Abgeordnete, die sich freiwillig derartig „gläsern“ machen, weswegen ich schon häufiger auch in den bundesweiten Medien damit für Aufmerksamkeit sorgte. Meine letzte Veröffentlichung vom 10.01.08 beinhaltete den Steuerbescheid von 2006 (Anlage letzte Seite).

Ich habe schon am **16. November 2007 bei der Diätenreform im Bundestag mit "Nein"** gestimmt, weil angesichts der Diätenerhöhung die Abschmelzung der Privilegien bei der Pensionsregelung aus meiner Sicht nicht mutig genug war - eine deutliche und gegenüber anderen Arbeitnehmern gerechte Neuregelung der Altersbezüge fehlte. Als in Berlin am 6. Mai 2008 in Berlin erstmalig eine erneute Diätenerhöhung diskutiert wurde, sprach sich die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein sofort geschlossen gegen die Anhebung aus und ein Drittel der gesamten SPD-Bundestagsfraktion stimmte bereits am 6. Mai dagegen. Am gleichen Tag gab es

in der CDU/CSU Bundestagsfraktion bei der Abstimmung keine einzige Gegenstimme und nur eine einzige Enthaltung. Erst durch den „Druck“ von der Öffentlichkeit und den Medien „kippte“ die CDU/CSU, und so konnte die SPD sich am 20. Mai 2008 mit der Ablehnung der erneuten Diätenerhöhung in der großen Koalition durchsetzen, wenn auch die CDU/CSU „schmollte“. Letzten Endes war es vor allem unser Erfolg der SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, dass die Diätenreform am 20. Mai 2008 gestoppt wurde - bereits am 16. Mai 2006 hatten wir gemeinsam in einem 8-Punkte-Papier zur Reform der Abgeordnetenentschädigung jede Diätenerhöhung von massiven Einschnitten in die Privilegien der Altersversorgung abhängig gemacht.

III. Meine Arbeit im Wahlkreis – nah bei den Menschen!

1. Besonders wichtig sind mir **öffentliche Veranstaltungen** zu brennenden politischen Themen. Bereits bis 2005 hatte ich 25 Veranstaltungen mit vielen inhaltlich verschiedenen Schwerpunkten und namhaften Referenten aus der ganzen Republik durchgeführt. Diesen Weg habe ich konsequent fortgesetzt und allein seit 2007 erneut zu 20 Veranstaltungen zu „brennenden“ Themen eingeladen, die stets auch von interessierten Menschen besucht werden, die nicht unserer Partei angehören:



Hansa-Park mit Renate Schmidt und Andreas Leicht.

- **„Familienfreundlichkeit rechnet sich“ in Neustadt am 23.03.06** mit dem bundesweit renommierten Referenten der **Prognos AG Dr. Axel Seidel** sowie einer Diskussionsrunde mit **Bgm. Henning Reimann**, dem Vizepräsidenten der IHK Lübeck **Andreas Leicht**, dem kaufm. Leiter Klinikum Neustadt **Manfred Volmer**, dem Verbandsdirektor des Zweckverbandes Ostholstein **Heiko Suhren** und **Susanne Bimberg** als damalige Vorsitzende des Kinderschutzbundes Ostholstein – das Ziel, ein **„Bündnis für Familie“** zu gründen und die großen Arbeitgeber der Region verantwortlich in die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einzubinden, wurde leider mangels Interesse aus der Region (vorläufig!) verfehlt!
- **„Sozial bleiben!!“ in Oldenburg am 24.08.06** mit dem Kieler Bundestagsabgeordneten **Dr. Hans-Peter Bartels**
- **„Welche Chancen bietet das neue Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz für Erdkabel statt Freileitung?“ in Lensahn am 23.01.2007** mit dem **Vizepräsidenten des Bundesverbandes Windenergie Hermann Albers**,

der Rechtsanwältin Dr. Ursula Prall vom Büro Kuhbier und dem Geschäftsführer der GEO mbH Dipl. Ing. Marten Jensen, sowie mit unserer Landtagsabgeordneten Regina Poersch

- **„Ganztagsbetreuung - auf dem Vormarsch – Schule im Aufbruch“ in Neustadt am 14.03.07** mit Vertretern von Schulen, dem Kinderschutzbund und weiteren Aktiven im Ganztagsschulbereich von Burg bis Reinfeld sowie der Kreistagsfraktion
- **„Afghanistan – Ziviler Wiederaufbau in einem Konfliktland. Hintergründe und Ausblicke“ im Eutiner Schloss am 02.04.07** mit dem **Teamleiter des Kabuler Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit Hans-Hermann Dube**, meinem Bundestagskollegen aus dem Verteidigungsausschuss **Prof. Jörn Thießen** und in Anwesenheit unseres damaligen Innenministers und **SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner**
- **„Umsetzung der Gesundheitsreform und Perspektiven der Reform der Pflegeversicherung“ in Burg am 23.08.07** mit der Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, **MdB Elke Ferner**, der Landesgesundheitsministerin **Gitta Trauernicht**, und **Regina Poersch** zusammen mit der AG 60 + Fehmarn
- **„Gesundheits- und Pflegereform: Chancen für eine solidarische, zukunftsweisende Politik“ am 23.08.07** mit Gesundheits- und Pflegeexpertin **MdB Elke Ferner**
- Informations- und Diskussionsveranstaltung **„Mehr Sicherheit für die Ostsee! Chancen und Risiken wachsenden Schiffsverkehrs“ am 04.10.2007 in Heiligenhafen** mit **MdB Dr. Margrit Wetzel**, Mitglied des Verkehrsausschusses und „Lotsin“ der SPD-Küstengang in Berlin, **Willi Piecyk, MdEP, Hans-Werner Monsees**, Leiter des Havariekommandos Cuxhaven und **Ingo Berger**, Vorsitzender des Ständigen Fachausschusses des Dt. Nautischen Vereins
- **„Afghanistan – so viel Militär wie nötig, so wenig wie möglich: Gratwanderung im Bemühen um Stabilität“**, in der Aula des Weber-Gymnasiums in Eutin am **31. Oktober 2007** mit dem Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages **MdB Prof. Jörn Thießen**
- **„Patientenverfügung – das Selbstbestimmungsrecht ernst nehmen“** in der Ameos Klinik **Neustadt am 01. November 2007** mit **MdB Joachim Stünker**, Mitglied der Rechtsausschusses und Verfasser des Gesetzesentwurfes, der auch meine persönliche Unterstützung im Parlament hat



Ein Dankeschön von einer Familie in Not:
Burg 23.08.07

- **„Gute Arbeit – Für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne“ am 25. Februar 2008 in Pansdorf**, 1. Betriebs- und Personalrätekonferenz im Wahlkreis mit **MdB Franz Thönnies**, Staatssekretär im Bundesarbeits- und Sozialministerium
- **„Sozial gerecht ist Gute Arbeit“ im Oldenburger Wallmuseum am 15.04.08** mit **MdB Andrea Nahles**, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion und Stellvertretende SPD-Parteivorsitzende
- Frauenpolitisches Frühstücksgespräch am **18.04.08 in Stockelsdorf: „Gleichberechtigung in Theorie und Praxis“** mit **MdB Mechthild Rawert**
- **„Die Zukunft wächst auf dem Land“** in der Heuherberge in **Riepsdorf am 18.04.08** mit einem zünftigen Abendbrot aus regionaler Küche und mit **MdB Mechthild Rawert**, Mitglied im Landwirtschafts- und Gesundheitsausschuss
- **„Chancen der Pflegereform in Ostholstein“** in der Asklepios Klinik in **Bad Schwartau am 13. Mai 2008** mit dem **Staatssekretär im Kieler Sozialministerium Helmuth Körner und Sandra Redmann, MdL**,
- **„Klimapolitik mit Zukunft“** in **Oldenburg und Ahrensburg am 15.5.08** mit **Sigmar Gabriel, Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**
- **„Perspektiven für eine menschenwürdige Pflege - Was können und sollen Pflegestützpunkte leisten?“** im Ameos Psychatrium in **Neustadt am 01.09.08** mit **MdB Dr. Carola Reimann**, Sprecherin für Gesundheit und Pflege der SPD-Bundestagsfraktion.
- **„Afghanistan – Erwartungen der deutschen und afghanischen Politik an Wiederaufbau und Stabilität“** im Jagdschlösschen in **Eutin-Sielbeck am 6.10.08 um 19:00 Uhr** mit **MdB Niels Annen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss**.
- **„90 Jahre Novemberrevolution – Der Weg des Eutiner Sozialdemokraten Wilhelm Dittmann“ am 7.11.08** in der **Kreisbibliothek Eutin** zusammen mit der **Friedrich-Ebert-Stiftung** und den Referenten **Dr. Peter Hurrelbrink** und **Prof. Jörg Wollenberg**
- **„Die Finanzkrise – Sozialdemokratische Antworten auf eine globale Herausforderung“ am 10.12.08 in Lensahn** mit der **Schatzmeisterin des SPD-Bundesvorstandes Dr. Barbara Hendricks, MdB**
- **„Perspektiven für Gute Arbeit, Gegen Leiharbeit – für Mindestlöhne!“** als 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz am **8.1.09 in Lensahn** mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, **MdB Klaus Brandner**
- **"Kultur, Talk und Politik – von Frauen für Frauen"** ,
Lesung mit anschließender



Diskussionsrunde mit der Buchautorin und SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Agkün in Eutin und Bad Schwartau am 10.07.09**

Wie meine Referenten zu Afghanistan – Hans-Hermann Dube, Jörn Thießen und Niels Annen – habe ich mich mehrfach persönlich in Afghanistan über die Lage dort informiert – zuletzt Anfang September 2008. Ebenso war dreimal im Kosovo (zuletzt im April 2008) und in Bosnien – **Abstimmungen zu den Auslandseinsätzen sind immer schwierige Gewissensentscheidungen**, die wir Abgeordneten aber nicht nur vor den Wählerinnen und Wählern, sondern vor allem auch vor den Soldaten, Polizisten und Wiederaufbauhelfern sowie vor der unschuldigen Zivilbevölkerung in den Krisengebieten verantworten können müssen. Das ist der Grund, warum ich einerseits sehr oft **selbst zur besseren Information in diese Krisengebiete reise** und andererseits **regelmäßig** in Eutin als dem Ort, wo Jahr für Jahr mindestens knapp 200 junge Menschen von der Rettberg-Kaserne aus in die Auslandseinsätze gehen, **Veranstaltungen mit anerkannten Experten** zur Information und Diskussion anbiete. Dabei lade ich als Referenten sehr bewusst Menschen aus so verschiedenen Bereichen wie der Entwicklungshilfe (GTZ), Verteidigungs- und Außenpolitik ein. Von vielen Kritikern an den Auslandseinsätzen wünsche ich mir, dass sie sich dieser Diskussionschance vor Ort stellen. **Ich freue mich, dass für den 09.07.2009 die erste Frau mit langjähriger Afghanistanerfahrung** – sie hat im Herbst 2008 ihre Tätigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul beendet – **als Referentin über die Situation der Mädchen und Frauen in Afghanistan zugesagt hat**. Es gibt Erfolge – sie stehen viel zu wenig im Mittelpunkt der deutschen Medien-Debatte.

Zur **innerparteilichen Information und Diskussion** lade ich außerdem seit 2003 ca. dreimal im Jahr zum „**Fraktionsvorsitzendenfrühstück**“ jeweils am Sonntag um 10:00 Uhr ins Sagauer Feuerwehrgerätehaus ein. **Das letzte Treffen fand am 21.09.08 statt.**

2. Am 13. Februar 2009 hat der Deutsche Bundestag das „**Konjunkturpaket II**“ mit leichten Veränderungen am Gesetzentwurf verabschiedet, der Bundesrat ist am 20. Februar gefolgt. Als Mitglied des Haushaltsausschusses war ich unmittelbar **in die Ausgestaltung des Gesetzespakets eingebunden** und kann dadurch **Informationen aus erster Hand** liefern. Aus diesem Anlass besuchte ich In diesem Jahr bereits die **Bürgermeister, Amtsvorsteher und verantwortlichen Kommunalpolitiker** in **Kellenhusen, Oldenburg, Timmendorfer Strand, Grube, Heiligenhafen, Bad Schwartau, Ahrensböök, Neustadt, Scharbeutz, Reinfeld, Malente, Ratekau, Stockelsdorf, Eutin** und den Ämtern **Ostholstein Mitte, Amt**

Lensahn, Amt Großer Plöner See/Bosau und Nordstormarn. Bei den Gesprächen ging es vor allem um die Herausforderungen der schwächer werdenden Konjunktur für die Kommunen in unserer Region. Wichtig war mir dabei besonders, über die Förderbedingungen des Konjunkturpakts zu informieren, damit die ostholsteinischen Kommunen und ihre Bürger bestmöglich vom Konjunkturpaket profitieren und **Handwerk, Mittelstand und ihre Beschäftigten** gut durch die Krise kommen.

3. Die Themen **Umwelt-, Klimaschutz und Erneuerbare Energien** gepaart mit einem **klaren Bekenntnis gegen die Nutzung der Atomkraft** spielen in meinem politischen Leben seit 25 Jahren eine zentrale Rolle. Seit der Klimawandel mit vielen Naturkatastrophen weltweit für alle Menschen spürbar geworden ist, gibt es auch für die notwendigen politischen Antworten darauf wieder eine größere Aufgeschlossenheit. Deshalb habe ich mit kostenlosen Filmvorführungen des **Al-Gore-Films „Eine unbequeme Wahrheit“**, die ich zusammen mit den jeweiligen SPD-Ortsvereinen **ab September 2007** in **Eutin, Scharbeutz, Neustadt, Bad Oldesloe und Beschendorf** durchgeführt habe und die auf viel Interesse stießen, in unserer Region die öffentliche Diskussion neu zu bewegen versucht. Dazu thematisch passend war am **15.05.08** auf meine Einladung hin der **Bundesumweltminister Sigmar Gabriel** ganztägig in Schleswig-Holstein: Zusammen besuchten wir einen Solarbetrieb in Wedel, das Geomar-Institut (Forschungsschwerpunkt Klimawandel) in Kiel, ein **Holzschnitzelwerk mit Fernwärme in Ratekau** und standen den



Oldenburger Marktplatz: im Gespräch mit Mitsreibern des Aktionsbündnisses gegen eine Feste Beltquerung und Sigmar Gabriel

Bürgerinnen und Bürgern u.a. in **Oldenburg auf dem Marktplatz** und abends in **Ahrensburg „Rede und Antwort“**. Dort referierte Sigmar Gabriel zum Thema **„Klimapolitik mit Zukunft“**. Schon 2004 und 2005 hatte ich **MdB Hermann Scheer**, alternativer Nobelpreisträger, international anerkannter Präsident von Eurosolar

und 2008 im Hessischen Schattenkabinett für das Wirtschafts- und Umweltressort vorgesehen, zu zwei gut besuchten Veranstaltungen eingeladen. Dabei ging es am **13.09.04 in Oldenburg** um die **"Chancen für Ostholstein durch Windkraft und Biomasse"** und am **18.05.05 in Stockelsdorf** um **"Regenerative Energien"**. Zu diesem Thema gehören auch meine **Veranstaltungen zum Netzausbau durch Erdkabel**, die ich nicht nur **2005 und 2007 in Oldenburg und Lensahn** durchführte,

sondern Anfang 2007 auch **in Brunsbüttel und Schafflund**. Bundesweit ist dieses Thema mittlerweile in der Fachpresse mit meinem Namen verknüpft, weswegen der Bundesverband für Erneuerbare Energien mich oft als „Kontrapunkt“ zu den Energiemultis aufs Podium holt: so im Februar 2006 in Rendsburg und im Frühjahr 2008 in Berlin.

4. Besonders wichtig ist mir vor allem auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Deutschland und eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten der Region sowie mit den Gewerkschaften. Seit 2003 laden die SPD-Bundestagsabgeordneten zweimal jährlich **Betriebs- und Personalräte zur Konferenz nach Berlin** ein – die Nachfrage nach „Tickets“ dafür hat ständig zugenommen. Unter den 400 Teilnehmern der Betriebsrätekonferenzen sind auch jedes Mal 3-4 interessierte Betriebsräte aus meinem Wahlkreis dabei. Wegen der ständig steigenden Nachfrage habe ich im **Februar 2008** zur **1. Betriebsrätekonferenz** mit meinem Bundestagskollegen Franz Thönnies, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, zum Thema: „**Gute Arbeit. Für faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne**“ eingeladen. Das Interesse war riesig: ca. 80 Betriebs- und Personalräte nahmen teil. **Die 2. Betriebsrätekonferenz** fand am 08.01.09 in Lensahn zum Thema „**Perspektiven für Gute Arbeit, Gegen Leiharbeit – für Mindestlöhne**“ mit meinem Kollegen MdB Klaus Brandner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, statt.

5. **Schwerpunkte meiner Besuche im Wahlkreis waren die Schulen.** Hier stehe ich in der Regel zwei Stunden Rede und Antwort im Hinblick auf meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete und diskutiere gern mit den jungen Leuten zu aktuellen Themen. Ich habe in der laufenden Legislaturperiode **viele Schulen** in Ostholstein und Nordstormarn besucht - bei einigen Schulen war ich schon mehr als einmal Gast:

- in der Waldorfschule in Lensahn
- in den Grund- und Hauptschulen Ahrensböök und Pönitz
- in der Grundschule Göhl
- in der Schule Kastanienhof in Oldenburg
- in der Ganztagschule in Bad Malente



Haupt- und Realschule Bad Malente 30.04.09

- in der Förderschule in Heiligenhafen
- im Bildungszentrum Bad Malente
- in der GHS Burg auf Fehmarn
- in der Heinrich-Harms Schule in Hutzfeld
- in der Grund- und Haupt- sowie in der Realschule in Neustadt
- in den Haupt- und Realschulen in Timmendorfer Strand und in Lensahn
- in der Friedrich-Hiller Schule in Schönwalde
- in den Berufsschulen Oldenburg, Eutin und Bad Schwartau
- in den Gymnasien in Neustadt, Oldenburg und Eutin
- in der Albert Mahlstedt- und Wilhelm Wisser Schule in Eutin
- in den Realschulen in Grömitz, Oldenburg und Ratekau
- in der Cesar Klein Schule Ratekau
- in der Inselschule Fehmarn

2003 hat die Bundesregierung unter Rot-Grün und gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU das **4 Mrd.-Euro Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)** durchgesetzt, mit dem die Länder und Kommunen beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt wurden - seit 2003 sind 135,041 Mio. Euro davon nach Schleswig-Holstein geflossen, wovon bis heute knapp 90 Prozent ausgegeben wurden und allein **12,55 Mio. Euro nach Ostholstein und Reinfeld** gingen. Bundesweit wurden damit bisher knapp 7.000 Schulen in Deutschland zu Ganztagschulen ausgebaut – bitter ist für mich nur, dass ausgerechnet **die IGS Pansdorf (heute Ratekau)** keine IZBB-Mittel des Bundes erhalten konnte, weil die CDU-Kreistagsfraktion eine erfolgreiche Beantragung der Mittel damals aus ideologischen Gründen bestritt und verhinderte. Umso mehr freue ich mich, dass Dank der Initiative der Ratekauer die Gesamtschule jetzt im Süden Ostholsteins gesichert ist, Schülerinnen und Schülern in einem großartigen Schulneubau auf Dauer vorbildliche Lernmöglichkeiten bietet und trotz der jahrelangen Verhinderungstaktik der CDU im Kreis zur Erfolgsstory geworden ist.

Um die Bildungschancen in den Familien auch mit älteren Sprösslingen zu verbessern, gelang der SPD in den Haushaltsberatungen für 2008 ein großer Erfolg: das **Bafög** wurde zum 1. Oktober 2008 um 10 Prozent erhöht! Ich bin froh über dieses kräftige Plus zu Gunsten der jungen Menschen und hoffe, dass es dazu beitragen mag, dass mehr junge Leute den Schritt ins Studium bzw. andere geförderte Weiterqualifizierungen wagen. Fatal wäre es nur, **wenn unionsgeführte Länder die Bafög-Erhöhung als willkommene Einnahmequelle für Studiengebühren missverstehen würden!** Studiengebühren sind und bleiben das

falsche Signal in einem Land wie Deutschland, das im europäischen Vergleich ohnehin eine zu niedrige Quote von Studierenden aufweist und dringend hoch qualifizierte Fachkräfte braucht.

6. In Ostholstein und Nordstormarn habe ich seit 2004 zusammen mit den SPD-Ortsvereinen in Aktionen vor Schulen und in **Kindergärten ca. 2000 Brotdosen** verteilt. Die Dosen haben die Aufschrift „Lernen macht groß und stark“, und sie wurden bestückt mit Infomaterial aus Bund und Land zu den Themen Familie,



Betreuung von Kindern, Schule und Bildung. Die Ortsvereine haben dann zusätzlich meistens gesundes Frühstück und kleine Leckereien für die Kinder hinzugefügt. Allein 2007 und zum Jahresanfang 2008 war ich zu Gast z.B. bei den Einschulungen der IGS in

Ratekau und bei der Inselschule Fehmarn, sowie in acht Kindergärten in den Gemeinden Merkendorf/Schashagen, Scharbeutz, Kasseedorf, Timmendorfer Strand und Stockelsdorf. Diese Aktion wird natürlich auch in den nächsten Jahren fortgesetzt. **Am 26. September 2008** wurde im Bundestag in abschließender Lesung endlich das Gesetz auf den Weg gebracht, dass bei der **Kinderbetreuung ab Eins** wenigstens ab 2013 endlich einen Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung garantiert. Vor allem der Unterstützung von Finanzminister Peer Steinbrück ist dieser Durchbruch zu verdanken, denn zur Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe haben wir ein **erneutes 4-Mrd.Euro-Programm** auf den Weg gebracht: ein Sondervermögen beim Bund in Höhe von 2,15 Mrd. Euro soll an Länder und Kommunen allein für Investitionen ausgeschüttet und dadurch eine **Verdreifachung der Betreuungsplätze auf 750.000 bis 2013** erreicht werden. Zusätzlich erhalten die Länder 1,85 Mrd. Euro über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zur Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung zusätzlich entstehender Betriebskosten – vor allem für **zusätzliches pädagogisches Fachpersonal**. Damit wird es wenigstens ab 2013 für die Eltern einen von der SPD eigentlich schon für 2010 geforderten Rechtsanspruch auf Krippenplätze geben. Für Schleswig-Holstein stehen in den kommenden Jahren insgesamt mehr als 74 Mio. Euro Bundesmittel allein für Investitionen zur Verfügung – 25,8 Mio. Euro davon schon für 2008 und 2009, die bisher nur zu 5,2 % (!) ausgeschöpft wurden. Mehr Qualität bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter ist der Schlüssel für frühkindliche Bildung, die Voraussetzung für gerechte Bildungschancen ebenso wie für eine bessere

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ... und sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Das von der CDU/CSU zusätzlich favorisierte ‚Betreuungsgeld‘ wirkt hingegen kontraproduktiv gerade bei Arbeitslosen und Migrantenfamilien – es wäre fatal, wenn die Eltern Geld vom Staat quasi als Belohnung dafür erhalten, dass sie ihre Kinder eben gerade nicht in Krippe und Kindergarten schicken, obwohl sie oft nur dort Zugang zu fairen Bildungschancen erhalten. Über das umstrittene „Betreuungsgeld“ wird erst der nächste Bundestag entscheiden – damit haben die Wählerinnen und Wähler eine Mitsprache in diesem Punkt!

7. Besonders verbunden fühle ich mich auch der **Jugendpflege und den Vereinen und Verbänden mit engagierter Jugendarbeit**. So besuchte ich am 13. Juni 2006 den Jugendtreff "**Red Corner**" in **Grömitz** und am 17. Juli 2007 das Jugendzentrum "**K'sino**" in **Sierksdorf**, dessen Jugendliche 2006 den schleswig-holsteinischen "Stark-Preis" in Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements erhalten hatten. "**Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**" - seit September 2007 hat **Neustadt** in der Trägerschaft der ev.-luth. Kirchengemeinde für ein **dreijähriges Bundesmodellprojekt** den „Zuschlag“ erhalten und erhält jetzt in drei Jahren **300.000 Euro an Bundesmitteln für soziale Präventionsprojekte**. Natürlich besuchte ich die Initiatoren und Jugendlichen vor Ort - 30 Projekte laufen schon und 175.000 Euro sind bereits geflossen.

Seitdem ich 2004 als Hauptberichterstatterin für das Familienministerium das „**Festival für junge Politik**“ selbst „aus der Taufe gehoben“ habe, bei dem schon 2005 erstmalig bundesweit 10.000 junge Leute mit gesponserten Billigtickets der Bahn nach Berlin anreisten, um drei Tage lang an über 800 Einzelveranstaltungen aus den Bereichen Politik, Gesellschaft, Musik, Sport und Kultur teilzunehmen, ist dieses Projekt „mein baby“. In diesem Jahr lief das Festival unter dem Motto „Berlin 08“ und war erneut ein Höhepunkt des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung. Wie schon 2005 traf ich mich in Berlin erneut mit zahlreichen Jugendlichen aus meinem Wahlkreis – dieses Mal mit jungen **Berufsschülern aus Oldenburg**, die zusammen mit dem **CJD Eutin** spannende Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für mehr Toleranz an ihrer Schule initiiert haben und diese auf dem Festival vorstellten.

Neben Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen bin ich gerne **Gast in den Rathäusern in meinem Wahlkreis**, um authentisch von den Kommunalpolitikern von ihrer Arbeit vor Ort zu erfahren. In diesem Jahr habe ich allein bis Juni 18 Rathäuser und Ämter in Ostholstein und Nordstormarn besucht. Ein weiterer Gesprächstermin mit dem Bürgermeister von Fehmarn ist im Juli geplant.

Selbstverständlich bin ich ebenso im ständigen Dialog mit Betriebs- und Personalräten, den Gewerkschaften, Unternehmensführungen, Vertretern der Tourismusbranche oder der örtlichen Wirtschaft, treffe mich mit Vertretern von (Sozial-)Verbänden, Institutionen und Vereinen. Aufgrund dieser seit Jahren kontinuierlichen Kontakte und Termine kann ich selbstbewusst sagen: ich bin gut vernetzt und beständig vor Ort.

8. In unregelmäßigen Abständen absolviere ich **ein eintägiges Praktikum in Alten- und Pflegeeinrichtungen in meinem Wahlkreis**: zum 4. Mal tat ich dies im September **2006 in der Pflegeeinrichtung „Grömitzer Höhe“** sowie beim **ambulanten Pflegedienst in Neustadt**, um den Pflegealltag in einem Heim aber



Im Gespräch mit Bewohnern der Seniorenresidenz Godenblick

auch im „Betreuten Wohnen“ und bei einem ambulanten Pflegedienst näher kennen zu lernen. Zuvor war ich schon in Pflegeeinrichtungen in **Ahrensböök und Schönwalde** - solche Praktika helfen mir manchmal mehr, um die drängenden Probleme im Pflegebereich zu erfassen, als das Studium von Aktenbergen! Im

„**Godenbergsschlösschen**“ in **Bad Malente** war ich schon viele Male, weil dort seit Jahren ein besonderes Konzept im Umgang mit **Demenzkranken** entwickelt wird, das ich sehr beeindruckend finde. Darum nahm ich im **August 2007** auch die fachlich zuständige **stellv. Fraktions- und Parteivorsitzende MdB Elke Ferner** zu einem Gedankenaustausch mit dorthin, bevor wir abends in Bad Schwartau zum **Thema Gesundheits- und Pflegereform** informierten und diskutierten.

Am 1. Juli 2008 trat die Pflegereform in Kraft, die wichtige Verbesserungen für Pflegenden wie Gepflegte bringt, für die wir Sozialdemokraten sehr gekämpft haben und die deshalb im Mittelpunkt von **zwei weiteren Veranstaltungen** stand: am **13. Mai 08 in Bad Schwartau** mit dem **Staatssekretär im Kieler Sozialministerium, Dr. Hellmut Körner** und MdL Sandra Redmann und am **1. September in Neustadt mit MdB Carola Reimann** und vielen Experten aus der Praxis. Es ging um „**Chancen der Pflegereform für Ostholstein**“ – trägerunabhängige Pflegestützpunkte als wohnortnahe Anlaufstellen für Angehörige und Betroffene sind durch das neue Gesetz auch für unseren Wahlkreis jetzt möglich, wenn der Kreis mit seiner konservativen Mehrheit sich nicht weiter gegen solche Angebote sperrt. Auf der Bundesebene wurde die Einrichtung von **trägerunabhängigen Pflegestützpunkten** mit bis zu drei

Nebenstellen in allen Kreisen von der SPD gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt. Gerade für unsere Flächenkreise sind solche Einrichtungen zur Bündelung von Kompetenzen und für eine wohnortnahe, bürgerfreundliche Dienstleistung unverzichtbar. Dies zu verwirklichen wird jetzt eine wichtige Initiative unserer frisch gewählten Kommunalpolitiker sein müssen, denn nur sie können vor Ort den Pflegekassen „den Druck“ machen und die Weichen zusammen mit den ehrenamtlich Aktiven und Netzwerken, den Verbänden, dem Kreis, den zuständigen Pflegekassen und dem Land richtig stellen. **„Perspektiven für eine menschenwürdige Pflege“** – so lautete das Motto der gut besuchten Veranstaltung mit MdB Carola Reimann am 1. September 2008 in Neustadt. Es ist eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre. Ein Infopapier zum Thema Pflege liegt vor.

Am 20.05.09 besuchte ich das Cura Seniorenstift in Ahrensbök, die Seniorenresidenz Godenblick in Bad Malente und den Ambulanten Pflegedienst Pittelkow in Neustadt. Anlass für diesen Besuch war der **„Internationale Tag der Pflegenden“**.

Zu diesem Thema passt auch die **Initiative des Bundes für Mehrgenerationenhäuser**, die generationsübergreifend Angebote zur Stärkung der Familie machen und dafür **massive Bundesförderung** erhalten – in Ostholstein ist der Oldenburger Kastanienhof in der Trägerschaft des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes dafür als Modellprojekte ausgewählt worden.

9. Ein bedeutendes Thema ist die **gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen**, von denen es z.Zt. bereits etwa 10 Mio. in Deutschland gibt. Das oberste Gericht in Deutschland hat der Politik auferlegt, einen klaren gesetzlichen Rahmen für Patientenverfügungen zu beschließen, weil sonst die Rechtskraft aller bestehenden und künftigen Verfügungen angezweifelt werden könnte. Diese **Rechtssicherheit** hat der Bundestag am **18. Juni 2009** endlich hergestellt. Mit dem jetzt beschlossenen und von mir schon seit zwei Jahren unterstützten **Gesetzentwurf von Joachim Stünker (SPD)** haben die Betroffenen nun endlich die notwendige Sicherheit, dass im Falle einer lebensbedrohlichen Krankheit bei Vorliegen einer Patientenverfügung diese auch als **Selbstbestimmungsrecht des Patienten** akzeptiert wird. 'Es gibt ein Recht auf Leben, aber keine Pflicht.' – dieser simple Satz von Joachim Stünker trifft den Kern des Gesetzentwurfes, der Gerichte im Einzelfall nur dann einschalten will, wenn sich Arzt und Betreuer in der Einschätzung des Patientenwillens uneins sind – ein Fortschritt gegenüber der heutigen Praxis. Generell aber gilt: eine schriftlich vorliegende Patientenverfügung ist ohne Einschränkung unabhängig von Art und Schwere der Erkrankung verbindlich.

Bereits im April 2007 diskutierte der Bundestag das Thema drei Stunden in einer in den Medien als „Sternstunde des Parlaments“ beschriebenen Debatte. Um für das Thema zu sensibilisieren, habe ich im **Mai 2007** das Protokoll dieser Debatte zusammen mit einer Kurzvorstellung der ersten Gesetzentwürfe und Vordrucke von Patientenverfügungen an Interessierte verschickt – fast 500 Exemplare wurden an die Vorsitzenden der AG 60 +, an Seniorenbeiräte, an die AWO, an alle Pflegeheime und Einrichtungen sowie haupt- und ehrenamtliche Betreuer im Wahlkreis verschickt. Zusätzlich habe ich den **Verfasser des von mir unterstützten Gesetzentwurfes, MdB Joachim Stünker**, am **1. November 2007 nach Neustadt** eingeladen: in einer gut besuchten Veranstaltung stellte er seinen Gesetzentwurf zur Patientenverfügung vor, und wir diskutierten teils kontrovers mit einigen Experten auf dem Podium und dem interessierten Publikum.

10. „Nah bei den Menschen“ zu sein heißt für mich auch: **Türen in Berlin zu öffnen**: Eine ständig steigende Anzahl politisch Interessierter aller Generationen aus meinem Wahlkreis möchte den Reichstag und das Regierungsviertel in Berlin selbst erleben, ohne in den langen Besucherschlangen warten zu müssen – und nimmt dafür die Hilfe meines Berliner Büros in Anspruch: Von den **insgesamt knapp 4333 Besuchern** allein in den letzten 4 Jahren kamen ca. **2831 Jugendliche nach Berlin** – sie führen bei den **Besucherguppen im Reichstag**, mit denen ich mich in Sitzungswochen stets zu persönlichen Gesprächen treffe, die „Hitliste“ an. Konkret organisierten meine Mitarbeiter in Berlin 2005 für 989 politisch Interessierte aus Ostholstein und Nordstormarn einen Besuch im Bundestag, 2006 für 974, 2007 sogar für 1195 und 2008 für 1175 Besucher. Für das Jahr 2009 haben sich schon 973 Besucher angemeldet. Zusätzlich lade ich jedes Jahr 150 Besucher aus Ostholstein und Nordstormarn zu einer dreitägigen Besuchergruppenreise ein, bei denen stets 15 bis 25 Plätze für engagierte Jugendliche mit ihren pädagogischen Betreuern reserviert sind, womit ich einen Beitrag zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gerade bei der jungen Generation leisten will. Außerdem halte ich aber auch Plätze für verdiente Ehrenamtler aus Kommunalpolitik, Vereinen und Verbänden als „Dankeschön“ für ihr gesellschaftliches Engagement bereit.
11. Bereits seit 2003 findet auf Initiative von meiner Berliner Bundestagskollegin Petra Merkel und mir im Bundestag alljährlich Anfang März zum „Internationalen Frauentag“ der **"Ladies' Day"** statt. Wir Frauen aus der SPD-Bundestagsfraktion laden dann stets Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus unseren Wahlkreisen für einen Tag nach Berlin ein – dabei sollen sie einerseits einen „Blick hinter die

Kulissen“ des Politikalltags werfen können, andererseits wollen wir damit ein dauerhaftes Netzwerk zwischen Politikerinnen und Frauen in Führungspositionen von Wirtschaft und Verbänden knüpfen. Ich selbst habe in den vergangenen Jahren insgesamt **20 Frauen vor allem aus den für Ostholstein so wichtigen Bereichen Soziales, Bildung und Tourismus nach Berlin** geladen. Der **diesjährige Ladies' Day** fand am **27. März 2009** statt.



Ladies' Day 2009

12. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich gerade bei Eltern mit Kindern und der älteren Generation **meine Liederhefte**, von denen ich **seit 2005 bereits fast 7000 Stück** bei Veranstaltungen der AG 60+, bei Weihnachtsfeiern z.B. von AWO-Ortsvereinen oder Seniorenbeiräten sowie in Kindergärten und Grundschulen oft zusammen mit den SPD-Aktiven vor Ort verteilt habe. 2000 Weihnachtsliederhefte wurden in der Adventszeit 2008 verteilt. **Anfang Juni 2009 sind 5000 druckfrische Volksliederhefte im Wahlkreisbüro in Eutin eingetroffen.** Bereits jetzt haben wir schon Anfragen für ca. 1850 Hefte von Senioreneinrichtungen (Stand: 24.06.2009). **Wer Interesse an dieser Aktion hat, meldet sich in meinem Eutiner Büro!**

IV. Natürlich mische ich mich ein, wo Probleme sind – stark im Handeln!

1. Erst im **April 2007** konnte ich den Mitarbeitern der Bundespolizei in Schleswig-Holstein als für das Innenministerium zuständige „Haushälterin“ eine freudige Botschaft übermitteln: die bundesweit mit vielen Standortschließungen und Arbeitsplatzverlusten im ländlichen Raum von Minister Schäuble initiierte **Bundespolizeireform** „schont“ alle betroffenen Standorte in Schleswig-Holstein: Bad Bramstedt bleibt mit ca. 300 Mitarbeitern als Direktion (zuständig auch für Mecklenburg-Vorpommern) erhalten, die **Akademie der Bundespolizei in Lübeck** wird sogar bundesweit erheblich gestärkt und der Standort des **Bpol-Amtes See in Neustadt** bleibt als eine von 76 Inspektionen bundesweit bestehen und wird künftig zusammen mit den zwei weiteren Küsteninspektionen in Rostock und Cuxhaven regional gesteuert. Damit bleibt die Zuständigkeit für die Küste im ganzen Norden in Schleswig-Holstein gebündelt – das war eine frohe Botschaft für viele Mitarbeiter in Neustadt und die Stadt selbst und keineswegs selbstverständlich. Glücklicherweise sind damit die ursprünglichen Pläne des Bundesinnenministeriums "vom Tisch", die



„Aufgabe Küste“ in einer gemeinsamen Zentrale für Sondereinheiten mit Fliegerstaffel und GSG 9 fernab des Nordens zu bündeln. Auf meine Initiative hatte **2005** der damalige Innenminister Otto Schily in **Neustadt ein Maritimes Schulungs- und**

Trainingszentrum (MaST) für den qualitativ und quantitativ wachsenden Bedarf an maritimer Aus- und Fortbildung vieler Ministerien in Bund und Ländern etabliert. Bis zu 20 Arbeitsplätzen u.a. für Lehrkräfte sollten nach dem Konzept von 2005 aufgebaut werden – der „neue“ Innenminister Schäuble allerdings verweigerte bis Oktober 2007 dem Konzept die notwendige Akzeptanz und damit notwendige Ausstattung in Sach- und Personalmittel. So war es ein **Riesenerfolg für Neustadt**, dass ich im Haushalt des Bundes für **2008 ein „Startkapital“ von 800.000 Euro für Lehrausstattung und vier neue Fachlehrern** für mehr Qualität und neue Schulungslehrgänge durchsetzen konnte. Die **bislang 13 Mitarbeiter** dort werden jetzt **bis Ende 2009 um 24 neuen Stellen** auf eine **Belegschaft von 37** aufgestockt - darunter Lehrkräfte in den Bereichen Nautik, Technik und maritimes Polizeitraining. Darüber hinaus wurden 400.000 Euro für Sachausstattung sowie 2 Mio. Euro für Baumaßnahmen bewilligt, so dass das leer stehende Gebäude 44 auf dem Bundespolizeigelände 2009 für die Unterbringung von dauerhaft 64 Lehrgangsteilnehmern umgebaut werden kann. Künftig sollen Beamte verschiedenster Ministerien in Neustadt das „Behörden-Patent“ in mehrmonatiger Ausbildung erwerben können – diese maritime Standortentscheidung stärkt die Region.

Wie ich im April 2009 erfuhr, waren die 5 in der Neukonzeption für das MaST im Oktober 2008 vorgesehenen Stellen für das **Mehrzweckfahrzeug "BP 5 Rettin"** noch immer nicht vorhanden – obwohl diese für Anfang 2009 zugesichert waren. Damit war zu befürchten, dass die jetzigen, qualifizierten Stelleninhaber sich möglicherweise im Zuge der 3. Phase der Stellenbesetzung weg bewerben könnten, wenn ihnen keine sichere Zukunft als Personal des Mehrzweckfahrzeugs zugesichert würde. Ich habe mich daraufhin an das Bundesinnenministerium gewandt und in Erfahrung bringen können, dass diese zusätzlichen Funktionen im Zusammenhang mit den in Schritt 3 der Neuorganisation der Bundespolizei vorgesehenen Ausschreibungen eingerichtet und gleichzeitig mit ausgeschrieben werden, so dass sich die Beschäftigten hierauf bewerben können.

2. Die **Bundeswehrstandorte** in unserem Wahlkreis in **Eutin und Putlos/Oldenborg**, sowie bei der **Marine in Neustadt** haben mit den 2004 ca. 1.500 Soldaten und Beschäftigten die Umstrukturierungen unter dem damaligen **SPD-Verteidigungsminister Peter Struck** nicht nur ohne Arbeitsplatzabbau überstanden – nein, sowohl Putlos wie auch Eutin wachsen planmäßig massiv auf. Auch dieser Erfolg ist damals – in aller Bescheidenheit – „nicht vom Himmel gefallen“. So wie ich 2004 und 2005 zweimal Peter Struck und außerdem seinen damaligen Staatssekretär Walter Kolbow zu Ortsterminen nach Eutin und Neustadt brachte, so habe ich auch **2007 und 2008** mit dem **Wehrbeauftragten Reinhold Robbe** und dem „Haushälter“ für das **Verteidigungsministerium MdB Johannes Kahrs** einflussreiche Kollegen in die Standorte geholt, um Rieseninvestitionen in die Küchen und Mannschaftsgebäude in Neustadt und Eutin nicht nur „loszueisen“, sondern die dringenden Fertigstellungen massiv zu beschleunigen. Es hat entgegen aller „Unkenrufe“ geklappt: die Küche in der Rettberg-Kaserne wurde nach 7(!)jähriger Odyssee im Oktober 2008 eingeweiht und auch am Wiecksberg in Neustadt steht die Wiederinbetriebnahme der Kantine ein Jahr früher als erwartet unmittelbar bevor. Ein großer Erfolg gelingt mit dem Konjunkturprogramm II des Bundes 2009 und 2010 mindestens für Eutin: die Anhebung der Grenze, nach der zwischen kleinen und großen Bauvorhaben unterschieden wird, wird befristet für 2 Jahre von einer auf fünf Millionen Euro angehoben – durch diese Entbürokratisierung und zusätzliche Investitionen in Millionenhöhe können massive Sanierungen in vier bis sechs Gebäuden drastisch vorgezogen werden. Vorgesehen ist nach derzeitigem Planungsstand die Herrichtung der aus dem Jahr 1936 stammenden Gebäude 14 und 24 sowie der aus den 60er Jahren stammenden Gebäude 32a und 32b – möglicherweise sogar ein Neubau. In der Kaserne sollen die Unterkünfte der 1., 3. und 5. Kompanie modernisiert werden, die teilweise noch aus Zehn-Bett-Zimmern bestehen. Neuer Standard sollen Zwei-Bett-Zimmer mit eigenen Nasszellen sein. Neben der Gebäudesanierung soll die Kaserne ein so genanntes Trio-Gebäude erhalten, das Casino, Unteroffiziers- und Mannschaftsheim ersetzt. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren knapp 15 Mio. Euro investiert werden – diese Investitionen geben vielen Betrieben in der Region lukrative öffentliche Aufträge und sollen Arbeitsplätze gerade in Handwerk und Mittelstand sichern. Jetzt arbeiten wir noch gemeinsam daran, das Eutiner Offizierskasino vor dem Verkauf zu „retten“.

3. Für Nordstormarn und den ländlichen Raum war es besonders wichtig, dass ich in Berlin erfolgreich für das **Institut für Ökolandbau in Trenthorst** mit 80 Mitarbeitern kämpfen konnte, das von Schließung bedroht war. Dieses war ein Riesenerfolg, weil es bei der Strukturreform der Ressortforschungsinstitute im Landwirtschaftsministerium von Horst Seehofer (CSU) das einzige Institut bundesweit war, das im Parlament abweichend von den Ministerplänen gerettet werden konnte. Geholfen hat bei dieser Aktion enorm der Widerstand der Institutsmitarbeiter und des Fördervereins mit unserem Ex-MdL Friedrich-Carl Wodarz an der Spitze. Als Sozialdemokraten ist uns nicht nur die Rettung der 80 Arbeitsplätze in unserer Region wichtig, sondern auch die unter Rot-Grün erst vollzogene inhaltliche Ausrichtung des Instituts auf den Ökolandbau, die der CSU-Minister stoppen wollte. Mit der positiven Entscheidung für Trenthorst gibt es jetzt eine langfristige Standortsicherheit für die Forschung und die 80 Arbeitsplätze im ländlichen Raum.
4. Einen ganz besonderen Grund zu Feiern gab es im **Mai und Juni 2009** in Ratekau. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages habe ich den Weg dafür frei gemacht, dass die dringend benötigte Sanierung der **Feldsteinkirche Ratekau mit insgesamt 800.000 Euro gefördert** wird. Am 27. Mai 2009 sorgten wir durch die Änderung eines Haushaltsvermerkes dafür, dass Geld aus dem Gebäudesanierungsprogramm des Konjunkturpaketes II in 29 denkmalgeschützte Gebäude in der Bundesrepublik fließen kann. Zuvor waren nämlich nationale Kulturgüter wie die Ratekauer Kirche von der Förderung ausgenommen. Mit der Zustimmung zur Förderliste am 17. Juni 2009 war der Weg endgültig frei. Mit den 800.000 Euro fließen auf einen Schlag 2/3 der gesamten Investitionskosten von Berlin nach Ratekau. Die Feldsteinkirche aus Ratekau kommt damit **als einziges Projekt in Schleswig-Holstein** in den Genuss dieser Förderung. Gewinner sind neben den Menschen in Ratekau und Umgebung, insbesondere diejenigen, die sich seit Jahren mit dem Vorsitzenden **Jürgen Beck** im **Förderverein** für den Erhalt der Vicelinkirche eingesetzt haben, die als **Wahrzeichen Ratekaus** gilt. Gewinner sind aber auch die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe in der Region, die von den Bauaufträgen unter Leitung des **namhaften Architekten Torsten Ewers** profitieren. Ursprünglich hatte sich die Gemeinde Ratekau bereits im November 2008 hilfesuchend an mich gewandt, weil sie hoffte, Fördermittel aus dem



Denkmalpflegeprogramm des Bundes zu erhalten, aus dem auch die Gedenkstätte in Ahrensböök 2008 gefördert wurde. Allerdings haben der Denkmalpfleger und die Staatskanzlei in Kiel das Projekt Feldsteinkirche Ratekau damals nicht in die entsprechende Prioritätenliste des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen – was Voraussetzung für diese Förderung gewesen wäre. Umso glücklicher war ich, als ich am 3. Juni 2009 bei einem Besuch vor Ort, bei dem unter anderem **Sandra Redmann** (MdL), Bürgermeister **Thomas Keller**, Gemeindegemeinderer **Hans-Jürgen Krause**, Pastorin **Anke Dittmann**, der Architekt Torsten Ewers, **Jürgen Beck** vom Förderverein „Freunde der Ratekauer Kirche“ und viele ehrenamtliche **Unterstützer** anwesend waren, den beteiligten Akteuren die gute Nachricht persönlich überbringen konnte.

5. Dieser Erfolg war mir besonders wichtig: Mit meiner Unterstützung hat der „**Verein zur Förderung der Gedenkstätte Ahrensböök/Gruppe 33**“ Mitte September 2008 mit **85.000 Euro** als einziges Projekt in Schleswig-Holstein eine 50%-ige



Zu Besuch bei der Gedenkstätte Ahrensböök am 18.08.08 mit jungen Freiwilligen.

Bundesförderung aus einem einmaligen „Sondertopf“ des Bundes von 40 Mio. Euro „für die Behebung eklatanter baulicher Mängel bei Baudenkmalern von nationaler Bedeutung“ erhalten. Mit diesem

Zuschuss können dringend notwendige und seit Jahren

aufgeschobene Investitionen in dem ehemaligen frühen KZ in Ahrensböök getätigt werden, die dessen Erhalt und Sanierung endlich dauerhaft sichern – die eigentlich allein für die Kulturförderung zuständigen Gremien in Land, Kreis und Kommune haben sich bislang mit ihrer Förderung „vornehm zurückgehalten“. Diese einzigartige Gedenkstätte in Ahrensböök, in deren Gebäude nicht nur 1933 ein frühes Konzentrationslager untergebracht war, sondern das gleichzeitig ein Ort des KZ-Todesmarsches durch den Kreis Ostholstein 1945 zur Verschiffung in Neustadt war (Cap-Arcona-Katastrophe/3. Mai 1945), ist seit den 90er Jahren Dank des ehrenamtlichen Engagements der „**Gruppe 33**“ ein Ort des lebendigen Gedenkens auch für Überlebende und ihre Angehörigen, ein Ort der Reflektion, des aktiven Engagements und der Aussöhnung für die Jugend (mit den jährlich im Sommer stattfindenden internationalen Jugendlagern). Aus diesem Grund gibt es in unserem Land keinen authentischeren Ort, an dem an das schlimmste Kapitel der deutschen

Geschichte - den Holocaust - gedacht werden könnte. Viele namhafte Personen des öffentlichen Lebens und der Sozialdemokratie haben sich in der Vergangenheit bereits unterstützend wie ich für die Arbeit des Vereins eingesetzt: **Heide Simonis** als Schirmherrin während ihrer Zeit als Ministerpräsidentin, der ehemalige Bremer Bürgermeister **Hans Koschnik**, der als unvergessener Festredner damals das 5jährige Jubiläum würdigte. Darum freue ich mich besonders, dass es durch meine Verbindung zur **Friedrich-Ebert-Stiftung** gelang, dass diese sich mit einer **10.000-Euro-Spende an den Verein** an der noch schwierigen Kofinanzierung beteiligen wird. Auch **namhafte Wissenschaftler** unterstützen den Verein inhaltlich und ideell - wie z. B. **Prof. Dr. Jörg Wollenberg** und der leider **viel zu früh verstorbene Prof. Stokes** aus Amerika: er war der Wegbereiter für die Erforschung des Nationalsozialismus im Kreis Ostholstein und auch in Ahrensböök.

6. Schon im Wahlkampf 2002 thematisierte ich gemeinsam mit Claus Möller den dringend erforderlichen Ausbau der 110-KV-Trasse von Göhl nach Lübeck, um den erneuerbaren Energien langfristig den durch das Energieeinspeisegesetz (EEG) gesetzlich gesicherten Zugang zu den Netzen zu gewährleisten – schon 2002 forderten wir gemeinsam dafür die **Erdverkabelung**, doch E.on „mauert“ seit Jahren. In Schleswig-Holstein produzieren wir inzwischen fast 40 Prozent unseres Strombedarfes durch Windkraft, die Windmüller sind in strukturschwacher Region millionenschwere Gewerbesteuerzahler. Aber immer öfter müssen Windkraftanlagen bei gutem Wind abgeschaltet werden, weil die veralteten Netze von E.on diese umweltfreundliche Energie nicht aufnehmen – ein auch volkswirtschaftlich unhaltbarer Zustand, den in unserem Land allein E.on-Netz mit seiner Blockade im Interesse der Atomkraftwerke zu verantworten hat. Wenn aber die Windmüller ihre Anlagen wegen Netzengpässen abschalten müssen, dann brechen auch in den Gemeinden die Gewerbesteuern ein. Es ist darum nicht nur im Interesse des Klima- und Landschaftsschutzes, sondern auch im Interesse der Kommunen in Ostholstein, wenn E.on die 110-KV-Trasse Göhl-Lübeck endlich mit Erdkabeln baut. In Berlin habe ich als stellv. Vorsitzende der AG Kommunalpolitik erfolgreich für gesetzliche Regelungen für Erdkabel gekämpft: das „Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz“ **2006** sieht eine **gesetzliche Regelung** insbesondere **für die drei 110-KV-Trassen in Schleswig-Holstein** vor, die wir im Sommer 2008 im „Energieleitungsausbaugesetz“ konkretisiert haben, weil E.on und die drei anderen Energiemultis die Regelung von 2006 seitdem juristisch boykottieren – beide Gesetze wurden mit der Unterstützung von Umweltminister Gabriel und gegen den Widerstand von Wirtschaftsminister Glos und der CDU auf den Weg gebracht. Dass leider auch

das **Kieler CDU-Wirtschaftsministerium** die Erdkabelpassagen im Gesetz gerne verhindert hätte, wurde erst Anfang **September 2008** im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates deutlich: es sorgte für eine knappe 7:5 Mehrheit GEGEN die Erdkabel, die erst durch die massive Intervention der SPD in Bund und Land gewendet werden konnte – der Bundesrat stimmte dem Gesetz am 19.9.08 mehrheitlich endlich zu. Mit der **Verabschiedung** des Gesetzes zur „**Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze**“ hat der Bundestag am **7. Mai 2009** nun endlich nicht nur den Weg für vier Pilotprojekte für 380-KV-Trassen als Erdverkabelung zur Anbindung von Offshore-Windparks in Niedersachsen freigemacht. Auf Initiative der SPD wurde zudem erneut der für die Windmüller in Schleswig-Holstein so wichtige Ausbau von 110-KV-Netzen als Erdkabel gesetzlich verbessert. Damit haben wir endlich die gesetzliche Klarstellung, dass innerhalb eines 20-km-Streifens an den Küsten Schleswig-Holsteins Erdkabelösungen nicht nur zur Anbindung von Offshore-Windparks voll umlagefähig sind, was E.on-Netz immer bestritten und zur Begründung neuer Freileitungen auch zwischen Göhl und Lübeck vorgebracht hatte. Darüber hinaus sieht das Gesetz grundsätzlich für ALLE 110-KV-Trassen bundesweit eine **Umlagefähigkeit** vor, wenn die Erdkabelvariante nicht mehr als 60 Prozent teurer als die Freileitung ist. Damit haben Netzbetreiber wie E.on jetzt Planungssicherheit und kein Kostenrisiko mehr beim Netzausbau, wenn sie sich für die bürgerfreundliche und landschaftsverträgliche Erdverkabelung entscheiden. So erhalten Kommunalpolitiker auch in Ostholstein neue ‚Munition‘, um den politischen Druck auf E.on-Netz mit dem Ziel der vollen Erdverkabelung auf der 55km langen Trasse zwischen Göhl und Lübeck zu erhöhen. Erdkabel sind ein sperriges und kompliziertes Thema, das aber massiv die Interessen unserer Region berührt und die Energiemultis „auf den Plan ruft“. In **Veranstaltungen in Oldenburg und Lensahn habe ich 2005 und 2007** zusammen mit dem Bundesverband der Windenergie die Öffentlichkeit und die Kommunalpolitiker in der Region immer wieder mit namhaften Experten über das Thema informiert und für die Notwendigkeit von Erdkabeln sensibilisiert. FÜR Erdkabel sprechen nicht nur Umwelt- und Landschaftsschutzgründe, sondern auch die Interessen des Tourismus und der notwendige **schnelle Ausbau des 110-kV-Netzes an den Küsten**. Am **9. Juni 2009** fand auf meine Initiative mit den **Windmüllern von Fehmarn** ein gemeinsames **Fachgespräch mit Innenminister Lothar Hay** in Kiel statt – die Windkraft ist vom aktuell abzustimmenden Landesentwicklungsplan massiv nachteilig berührt.

7. „Dauerbrenner“ für mich als Ostholsteinerin – aber auch als Haushälterin im Bundestag – sind seit Beginn meiner Arbeit in Berlin die – inhaltlich eng verknüpften - Themen „**Scandlines**“ und "**Feste Beltquerung**". Ich bin seit Jahren mit dem Betriebsrat von Scandlines - knapp 700 Arbeitsplätze allein auf Fehmarn hängen davon ab - fest „verdrahtet“. Die Privatisierungspläne von Scandlines habe ich sehr eng verfolgt, denn die Deutsche Bahn AG war mit 50 Prozent Anteilseigner. Der **Verkauf von Scandlines** im Sommer 2007 wurde vertraglich für die Beschäftigten gut abgesichert und erfolgte an das „Wunschkonsortium“. Der erzielte Preis von 1,5 Mrd. Euro lag 2 – 3 Mal so hoch wie noch 2 Jahre zuvor kalkuliert – ein Indiz dafür, dass Scandlines noch viele Jahre gute Gewinne einzufahren gedenkt ... und folglich NICHT an die schnelle Realisierung der Beltquerung glaubt. Da das Unternehmen jetzt kein quasi dänisch-deutscher Staatsbetrieb mehr ist, kann niemand vorschreiben, dass die **lukrativste Fährroute Puttgarden-Rødby** mit nahezu 100 Mio. Euro Gewinn pro Jahr nach der beabsichtigten Brückeneröffnung eingestellt wird. Damit allerdings fallen die bisher schon viel zu optimistischen Verkehrsprognosen auf einer möglichen Beltbrücke zusammen wie ein Kartenhaus – und mit ihnen die völlig unrealistischen Mautkalkulationen für den dänischen Steuerzahler. Ich bin und bleibe ein „Fan“ des Fährverkehrs – und eine Kämpferin für die vielen hundert Arbeitsplätze und für moderne, leistungsstarke Schiffe auf der Ostsee.



Fährbahnhof in Puttgarden am 24.08.07.

8. Ich engagiere mich weiterhin **GEGEN den Bau einer festen Fehmarn Beltquerung** in Berlin, und tue dies aus tiefster Überzeugung im Interesse unserer Region. Solange das parlamentarische Verfahren in Bundestag, Bundesrat und im Folketing nicht abgeschlossen ist, ist nichts entschieden – wer anderes behauptet, missachtet die demokratisch gewählten und zuständigen Parlamente in Deutschland und Dänemark. Der Deutsche Bundestag hat, nachdem das Thema auf meine Initiative hin im Mai noch einmal von der Tagesordnung abgesetzt werden konnte, am **18. Juni 2009** nun allerdings das Gesetz zum Staatsvertrag vom 3. September 2008 bereits verabschiedet. Dieses übereilte Vorgehen habe ich öffentlich heftig kritisiert und mit 12 weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten in einer **gemeinsamen Erklärung** im Bundestag zu Protokoll gegeben. Maßgeblich für mich als Mitglied im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss ist dabei insbesondere der **Bericht**

des Bundesrechnungshofs (BRH) vom 30. April 2009, der vor einer kurzfristigen Beschlussfassung ohne Vorlage wichtiger Untersuchungsergebnisse ausdrücklich gewarnt hat. Die erheblichen Zweifel, die insbesondere bereits nach dem Rückzug der Wirtschaft aus der Risikohaftung des Mammutprojekts auf der Investorenkonferenz im September 2006 an der Wirtschaftlichkeit geäußert wurden, wurden mit diesem Bericht eindrucksvoll untermauert. So birgt laut Rechnungshof dieser Vertrag aufgrund rechtlich unpräziser Formulierungen erhebliche Unsicherheiten für künftige Bundeshaushalte. Auch wurden zu erwartende Baukostensteigerungen nicht einkalkuliert. Zudem ist die Deutsche Bahn AG nicht auf die Ziele des Staatsvertrags verpflichtet, so dass finanzielle Zusatzforderungen an den Bund wahrscheinlich werden. Die genaue Trassenführung steht ebenfalls noch nicht fest. Insgesamt rechnet der BRH anstatt der bislang genannten 840 Mio. Euro mit Kosten von 1,7 Mrd. Euro für die Schienenhinterlandanbindung. Selbst die Umsetzung der Beltquerung – Tunnel oder Brücke? – ist noch unklar. Ohne ausreichende Kenntnis der Kosten, des Designs und der Risiken habe ich daher erklärt, eine Ratifizierung des Staatsvertrags zum jetzigen Zeitpunkt nicht verantworten zu können. Darüber hinaus sehe ich angesichts von 70 geplanten Brückenpfeilern bei einer Beltbrücke und explodierendem Schiffsverkehr im Fehmarnbelt vor allem durch Einhüllen-Öltanker aus Kaliningrad eine nicht zu verantwortende Kollisionsgefahr mit dramatischen Folgen nicht nur für die Ökosysteme in der Ostsee und an den Stränden sondern auch für den Tourismus an unseren Küsten. Etwa 600 Arbeitsplätze bei Scandlines allein auf Fehmarn sind in Gefahr, die negativen Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft und unsere Umwelt sind kaum bezifferbar und abzusehen. Am **6. Mai 2009** gab es auf Initiative der SPD im federführenden Verkehrsausschuss in Berlin eine **öffentliche Anhörung** zur Fehmarnbeltquerung, um Parlamentarier und Öffentlichkeit umfassend über die kritischen Auswirkungen und Hintergründe zu informieren und das Thema bundesweit platzieren zu können. Vor allem der als Sachverständiger eingeladene



Anhörung Fehmarnbeltquerung in Berlin

Malte Siegert vom NABU Fehmarn informierte die Anwesenden ausführlich über die enormen Risiken einer Querung; Befürworter mussten sich zahlreichen kritischen Fragen stellen. Dennoch ließ sich angesichts der breiten Mehrheit für die Feste Beltquerung aus CDU/CSU, FDP und

SPD im Bundestag eine weitere Verschiebung nun nicht mehr durchsetzen. Die Menschen in Ostholstein können sich darauf verlassen, dass ich mich trotzdem weiterhin in ihrem Sinn sehr aktiv am politischen Prozess beteiligen werde. Schon in der Vergangenheit hatte ich viele namhafte Experten deswegen in den Wahlkreis eingeladen, u.a.:

- **24.08.07 auf Fehmarn:** Diskussionsveranstaltung zur Festen Beltquerung mit **MdB Klaas Hübner**, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Verkehr
- **4.10.07 in Heiligenhafen:** Veranstaltung zum Thema "**Verkehrssicherheit auf der Ostsee**" mit der "Lotsin" der SPD-Küstengang und Verkehrspolitikerin **MdB Dr. Margrit Wetzel** und dem leider kürzlich verstorbenen **MdEP Willi Piecyk**, Verkehrsexperte im Europäischen Parlament, sowie namhaften Experten des Nautischen Vereins und des Havariekommandos
- **14.04.08: Besuch bei Scandlines in Puttgarden** mit **MdB Annette Faße**, tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und **MdB Gabi Hiller-Ohm**, Lübecker Mitglied im Tourismusausschuss
- **11.12.08: Besuch der Insel Fehmarn mit meinem Bundestagskollegen MdB Uwe Beckmeyer**, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für die Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und damit zuständig für das Projekt der Festen Fehmarn-Beltquerung, die Hinterlandanbindung sowie die 2010 fällige Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans mit seiner Priorisierung.
- **23.02.09: MdB Hans-Joachim Hacker**, im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages für die Fehmarnbeltquerung zuständiger Berichterstatter, kommt nach Fehmarn zu Gesprächen mit allen Beteiligten.

Und auch in Berlin führe ich weiterhin intensive Gespräche. So habe ich am **23.09.08** für fünf Fehmaraner Genossen unter „Führung von Poppi“ einen Gesprächstermin mit **Verkehrsminister Tiefensee** organisiert, bei dem wir Ostholsteiner wichtige Informationen erhielten und erste „Pflöcke“ für die Interessen der Region einschlugen. Spitzenvertreter der SDP Fehmarn und des Naturschutzbundes Fehmarn und Ostholstein trafen sich am **26.11.08 in Berlin** mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Umweltministerium **MdB Astrid Klug**.

9. Der **Verein Baltic Blues** aus Eutin erhielt im Sommer 2008 mit meiner Unterstützung eine **fünfstellige Förderung des Bundes** für einen geplanten internationalen **Blues-Wettbewerb im November 2009 in Eutin**. Dann sollen sich renommierte Bluesbands und Nachwuchskünstler aus dem europäischen Ostseeraum in verschiedenen Kategorien einer Fachjury wie auch dem Publikum in Eutin

musikalisch vorstellen und um das „Gewinnerticket“ für die Endausscheidung in Memphis/Tennessee (USA) bewerben können. Dieser Wettbewerb wird nicht nur das kulturelle Image Eutins vielseitiger machen und insgesamt stärken, sondern auch ein weiteres Highlight in der breiten Tourismuspalette sein.

10. 20 Jahre aktive Kommunalpolitik in der Bungsbergregion haben mich geprägt: natürlich kümmere ich mich in Berlin und im SPD-Landesverband insbesondere um die **Interessen des ländlichen Raumes**. In Schleswig-Holstein leben über 40% der Bevölkerung in Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohnern, fast ein Viertel aller Menschen wohnen in Gemeinden von höchstens 2.000 Einwohnern – auch Ostholstein und Nordstormarn sind Flächenkreise mit teils ähnlichen Strukturproblemen. Knapper werdende öffentliche Finanzmittel und sinkende Bevölkerungszahlen machen es schwierig, die Wohnqualität auf den Dörfern im gewohnten Umfang zu erhalten - Kindergärten und Schulen, Vereine, Verbände und ihre ehrenamtlich Aktiven leiden unter Nachwuchssorgen. Da die demographische Entwicklung sich in städtischen und ländlichen Gebieten mit unterschiedlicher Dynamik entwickelt, bedarf die Entwicklung der ländlichen Räume mit ihrer gefährdeten Infrastruktur auch künftig einer besonderen Förderung. Deshalb habe ich für den Landesvorstand im Herbst 2007 ein mehrseitiges Papier **„Die Zukunft wächst auf dem Land!“** entwickelt, das allen Ortsvereinen insbesondere zur Unterstützung für den Kommunalwahlkampf zur Verfügung stand und steht. In Ostholstein habe ich dazu in **Hansühn, Puttgarden, Heringsdorf und Riepsdorf mit den Ortsvereinen Veranstaltungen** durchgeführt, die eine gute Medienpräsenz fanden.
11. Mit meiner Unterstützung haben Akteure aus Kommunen und Verbänden der **ehemaligen Leader+-Region Schwentine** sich mit Erfolg um ein neues Programm beworben, das mit erheblichen Bundesmitteln des Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministeriums ausgestattet ist. **„Ganztags leicht(er)leben“** – die Ziele dieses Wettbewerbes hatte die damalige **Verbraucherschutzministerin Renate Künast** am 17. September **2004** auf einer Veranstaltung mit mir in **Stockelsdorf** vorgestellt. Der **Aktionsplan „Holsteinische Schweiz“** hat sich dann mit seinem Programm **„Besser Essen - mehr Bewegen“** als einer von **24 Gewinnern bundesweit** im Wettbewerb bewährt und wird seit **April 2007 bis Dezember 2009 mit insgesamt 500.000 Euro aus Berlin gefördert**. Aus diesem Anlass habe ich auch mit meiner Bundestagskollegin **MdB Mechthild Rawert**, die im Landwirtschaftsausschuss federführend für dieses Projekt zuständig ist, das **Haus**

der Familie in Ahrensböök und die **Landessportschule in Bad Malente** als Akteure des Projektes im **April 2008** besucht. In den Kreisen Ostholstein und Plön profitieren von diesen Bundesmitteln jeweils vier ausgewählte Ganztagschulen und Kindergärten u.a. an den Standorten: **Ahrensböök, Pönitz und Bad Malente**.

12. Seitdem ich in Berlin im Haushaltsausschuss bin, kämpfe ich mit Erfolg für den Erhalt der sog. **GA-Mittel – ein bewährtes Förderinstrument im ländlichen Raum**, das aber in Zeiten der „Clusterbildung“ immer wieder als angeblich ineffizient auf den „Streichlisten“ steht. In unserem Wahlkreis wurden aus diesem „Topf“ u.a. fast alle Gewerbegebiete, aber auch Promenaden- und Brückenausbauten an der Küste finanziert. Der Bund vergibt dabei für wichtige **wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen** in strukturschwachen Regionen diese **GA-Mittel über die Länder**, von denen zwar überwiegend die östlichen profitieren – aber auch unsere Region erhält (über das Land) Förderung aus diesem „Topf“. Bereits 2003 haben wir im Haushaltsausschuss die Verpflichtungsermächtigungen für die **GA-Mittel West** fortgeschrieben – und so verhindert, dass von 2005 bis 2007 ausschließlich die östlichen Bundesländer zur Förderkulisse gehörten. Stattdessen haben wir erreicht, dass auch die strukturschwachen Regionen in Westdeutschland 100 Mio. Euro für 2005-2007 einplanen konnten und Planungssicherheit für die kommenden Jahre hatten. In den Jahren **2006 und 2007** hat der **Haushaltsausschuss** die GA-Mittel zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erneut um **jeweils 50 Mio. Euro** gegenüber dem Regierungsentwurf aufgestockt. Im **November 2008** gelang im Haushaltsausschuss erneut eine wichtige Aufstockung der GA-Mittel "**Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**" um insgesamt 200 Millionen Euro bis 2010. Während von diesen Mitteln üblicherweise 6/7 in den strukturschwachen Osten fließen, haben wir bei diesen 200 Mio. Euro festgelegt, das 50 Prozent davon in westliche Regionen fließen müssen – davon kann der größte Teil Ostholsteins profitieren. Städte und Gemeinden sollten jetzt zusammen mit dem Kreis Projekte vorziehen und zusätzliche kommunale Investitionen beschließen, wodurch Dauerarbeitsplätze in Ostholstein gesichert werden könnten. Wird das versäumt, dann stehen andere Bundesländer schon 'Schlange', um den 'Kuchen' unter sich aufzuteilen. Dass der Westen bei infrastruktureller Förderung nicht zugunsten des Ostens „abgehängt“ wird, bleibt auch künftig mein Thema.

13. Speedbootlärm in der Neustädter Bucht bewegte **seit 2005** den SPD-Ortsverein Timmendorfer Strand und eine Bürgerinitiative – zusammen sammelten sie Unterschriften gegen die Lärmbelastigung bei Anwohnern und Urlaubern. Im **Sommer 2006** holte ich die zuständige **Staatssekretärin im Verkehrsministerium, MdB Karin Roth**, zu einem Gespräch mit Bürgermeistern, Vertretern der Tourismusbranche und der Bürgerinitiative nach Ostholstein, um die verschiedenen Interessen auszuloten. Ergebnis und erster Schritt in die richtige Richtung war eine **Verordnung zur Festlegung einer 2km-Zone (statt 500 m) entlang der Bucht, in der Motorboote nur 15 km/h fahren dürfen** und die **zum 1. Januar 2007 Rechtskraft erhielt**. Im **November 2006** übergab ich mit Kay Kastner und Jochen Becker vom SPD-Ortsverein Timmendorfer Strand ca. **3000 Protestunterschriften im Berliner Verkehrsministerium**, und im **Oktober 2007** trafen MdB Gabriele Hiller-Ohm aus Lübeck und ich dann mit Vertretern von Umwelt- und Verkehrsministerium sowie mit Vertretern der Bürgerinitiative aus Ostholstein in Berlin zusammen, um weitere Schritte zum **wirksamen Lärmschutz** auszuloten. Ergebnis: die jetzt mit allen Beteiligten abgestimmte **"Verordnung über das Verbot des Befahrens der Neustädter Bucht mit bestimmten Fahrzeugen"** ist fertig und **tritt im April 2009 pünktlich zur neuen Wassersportsaison in Kraft**. Kern dieser Verordnung ist ein für ausgewiesene Bereiche der Bucht geltendes Fahrverbot für Boote, die lauter als 75 Dezibel sind. Dieses Verbot kann durch technische Umrüstung der Boote vermieden werden. Die Verordnung stellt eine mit vertretbarem Aufwand verbundene und für alle Beteiligten akzeptable Lösung dar und ist ein gemeinsamer **Erfolg für die Lebens- und Urlaubsqualität unserer Strände**.



Vor dem Verkehrsministerium in Berlin -
Unterschriftenübergabe im Oktober 2007.

V. Förderung von jungen Menschen

1. Junge Menschen zu fördern ist für mich eine Herzensangelegenheit – als Mutter von drei Söhnen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren, die alle als Facharbeiter ihren Weg gehen – ist das sicher leicht nachvollziehbar. Schon beim Ganztagschulprogramm für Ostholstein und Nordstormarn standen die **Haupt-, Real- und Förderschulen** im Mittelpunkt meiner Bemühungen - gerade diese Schulformen und ihre engagierten Lehrer bedürfen der besonderen Anerkennung, Unterstützung und

Motivationsförderung. Insofern habe ich seit Jahren den an einer Hauptschule in Bad Malente „erfundenen“ Wettbewerb der „Ecopolicyade“ auf seinem Erfolgsweg auf Landesebene begleitet. Jetzt habe ich **ab 2008** die dauerhafte Etablierung dieses Wettbewerbes auf Bundesebene finanziell abgesichert: die **Bundeszentrale für politische Bildung**, deren Kuratoriumsmitglied ich bin, erhält **auf Dauer 200.000 Euro jährlich** für die **bundesweite Einführung** der in Schleswig-Holstein schon überaus erfolgreichen **Ecopolicyade** – damit wird das Computersimulationsspiel um die Zusammenhänge von guter Umwelt- und Wirtschaftspolitik bzw. nachhaltiger Staatsführung an Schulen in der ganzen Bundesrepublik mit Fortbildungsangeboten für die Lehrer eingeführt und ab Frühjahr 2009 der Abschlusswettbewerb der Ecopolicyade in Berlin gestartet – eine zusätzliche Motivation auch gerade für die siegreichen Schülerteams aus Schleswig-Holstein. **Im Bundeshaushalt 2009** habe ich eine weitere Erhöhung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) um **500.000 Euro** durchgesetzt. Mit diesem Geld sollen Projekte zur politischen Information und Mobilisierung junger Menschen - insbesondere aus so genannten "bildungsfernen Schichten" - finanziert werden, um die Motivation für eine bessere Wahlbeteiligung bei der Europa- und Bundestagswahl in 2009 zu stärken. **Schleswig-Holstein wird dabei eine Schwerpunktregion für neue unkonventionelle Formen der Wähleraktivierung speziell der Jugend sein.** Dabei werden mit der Methode des 'peer teaching' Multiplikatoren aus den Zielgruppen der Erst- und Zweitwähler qualifiziert, die dann nach dem Schneeballprinzip andere Gleichaltrige zur politischen Beteiligung ermutigen sollen. Peers – also Gleichaltrige – sind in diesem Alter die wichtigsten Bezugspersonen und kennen am besten die Themen und die Methoden, mit denen die Jugend angesprochen und mobilisiert werden kann. Das ist auch dringend nötig – denn obwohl es bei den anstehenden Wahlen zu allererst um die Chancen und Risiken für die Zukunft der Jugend in Europa und Deutschland geht, liegt die Wahlbeteiligung bei den 18-25-Jährigen noch weit unter dem Durchschnitt.

2. Seit 2002 bin ich Patin **des Parlamentarischen-Partnerschafts-Programms** mit den



Für ein Jahr in die USA – René Portier aus Röbel und Alena Herlitz aus Griebel.

USA, das jedes Jahr 350 Jugendlichen aus allen Wahlkreisen in Deutschland die Chance auf einen einjährigen Aufenthalt in Amerika gibt, der durch den Deutschen Bundestag finanziert wird. Bisher konnte ich sieben Jugendlichen aus Ostholstein den einjährigen Aufenthalt in Amerika

ermöglichen. 2003 brach Sarah Derichs aus Eutin nach Illinois auf, 2004 Miriam Niehaus aus Bad Schwartau nach Ithaka im Staat New York und 2005 Sarah Liefke - ebenfalls aus Bad Schwartau. Im Jahr 2006 waren dann endlich auch einmal die Jungs dran: ich konnte gleich zwei Stipendiaten aus meinem Wahlkreis ein „Ticket in die USA“ verschaffen - dem frisch ausgelernten KFZ-Mechaniker Tim Andresen aus Eutin und dem Schüler Marcus Brandt aus Sereetz. Im Sommer 2007 konnte René Portier aus Röbel seine Koffer packen und nach Kalifornien starten – 2008 brach Alena Herlitz aus Eutin für ihren Aufenthalt im Bundesstaat New York auf. Im Sommer 2009 wird eine junge Kauffrau für Bürokommunikation aus Ratekau zu einem spannenden Jahr mit College-Besuch und Berufspraktika in amerikanischen Firmen aufbrechen.

3. Seit 2006 fördere ich jedes Jahr junge Menschen bei ihrem **Freiwilligen Sozialen Dienst** im Ausland. 2006 brach **Nicolas Oxen aus Süssau** für „Aktion Sühnezeichen“ für ein Jahr in die Bretagne nach Frankreich auf. 2007 startete **Valentin Gube aus Lensahn** nach Kilifi in Kenia, wo er seinen Zivildienst in dem Waisenhaus Saida kwa Moyo (Hilfe mit Herz) ableistete und darüber bei seiner Rückkehr im Sommer 2008 mir und der



Valentin Grube (li.) und Martin Zecher (re.), die beide ihren Freiwilligendienst im Ausland ableisten werden.

Presse Beeindruckendes berichten konnte. **Martin Zecher aus Lensahn** absolviert seit September 2008 sein Freiwilliges Soziales Jahr in Padua in Italien, wo er Studenten mit Behinderungen 12 Monate bei den täglichen Herausforderungen im Studium unterstützen wird. Von **2002 bis 2005** habe ich als **zuständige Hauptberichterstatterin für das Familienministerium im Haushaltsausschuss**, aus dessen Etat das Freiwillige Soziale Jahr und Freiwillige Ökologische Jahr ebenso wie der Zivildienst finanziert werden, erfolgreich für die ständige Erhöhung der Haushaltsmittel gewirkt. Seit 2002 wurden bundesweit die Platzzahlen für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) von ca. 13.000 auf knapp 18.700 2008 erhöht – rechnet man noch diejenigen dazu, die den Dienst als Zivildienstleistende absolvieren, stiegen die Zahlen sogar von **15.350 2003 auf gut 24.300 junge Menschen bundesweit 2008**. Schleswig-Holstein hatte seit Mitte der 90er Jahre in der Republik eine Spitzenposition im Hinblick auf das **Freiwillige Ökologische Jahr** – die 150 FÖJler landesweit leisten seit 1 ½ Jahrzehnten in einen wertvollen Beitrag direkt im Umwelt- und Naturschutz. Im **Umwelthaus in Neustadt** und im Besucherzentrum des **Vogelreservats Wallnau auf Fehmarn** sind die jungen

Aktiven wissensdurstigen Schulklassen und Touristen bestens bekannt.

Ein weiteres Programm zur Förderung junger Menschen konnte die SPD-Bundestagsfraktion im Haushalt **2008** mit **70 Mio. Euro pro Jahr** ausstatten: das Programm im Entwicklungshilfeministerium mit dem schönen Namen „**Weltwärts ziehen**“ ermöglicht jungen Menschen die Mitarbeit und einen Aufenthalt in Entwicklungshilfeprojekten – das Angebot richtet sich nicht nur an Studenten, sondern vorrangig an junge Berufstätige.

4. Beteiligungsprojekte für junge Menschen in der Politik habe ich schon von 1997 bis 2003 als Bürgermeisterin in der Bungsbergregion initiiert – dieser Linie bleibe ich treu. Im Dezember 2006 konnte ich **Katharina Langbehn aus Lensahn** und im November 2008 **Imke Bischoff aus Oldenburg zum Jugendmedienworkshop** eine Woche in den Bundestag nach Berlin einladen, weil sie sich im Wettbewerb bundesweit mit 40 anderen dafür qualifiziert hatten.
5. **Ausbildung von jungen Menschen:** Studenten, Volontäre und teilweise auch Schüler bewerben sich in großer Zahl um mehrwöchige Praktika in meinem Berliner Büro – Praktikantenplätze im Deutschen Bundestag sind „heiß begehrt“ und schwer zu kriegen. Überwiegend gebe ich diese Chance jungen Menschen aus meinem Wahlkreis. Bisher habe ich insgesamt 24 Praktikanten die Möglichkeit gegeben sich einen Eindruck von der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zu machen – sie kamen zum Beispiel in den letzten Jahren aus Oldenburg, Neustadt, Kellenhusen, Bosau, Eutin, Bad Schwartau und Lensahn. Magnus Bünning aus Eutin war 2007 so begeistert von seinem Praktikum, dass er jetzt als studentischer Mitarbeiter in meinem Berliner Büro stundenweise fest eingestellt ist. Mitte Februar 2009 war der ehemalige Timmendorfer Nils Binder als Praktikant ein paar Wochen in Berlin und konnte einmal hinter die Kulissen schauen. Im August begrüße ich dann Florian Schippmann aus Kiel als neuen Praktikanten in Berlin, der mit der „heißen“ Wahlkampfphase einen besonders spannenden Zeitraum bei mir verbringen wird.
6. Seit September 2004 ist es den Mitgliedern des Deutschen Bundestages möglich, zusammen mit anderen Trägern einen **Ausbildungsplatz für den Beruf Kaufmann/-frau für Bürokommunikation** anzubieten. Insgesamt werden zurzeit 45 Ausbildungsplätze von den Abgeordneten insgesamt zur Verfügung gestellt - bei 612 Abgeordneten beschämend wenig! Abgeordnete, die schon zum zweiten Mal ausbilden, kann man mit der Lupe suchen – ich gehöre dazu. **28 Auszubildende lernen in SPD-Bundestagsbüros, sieben bei CDU/CSU-Abgeordneten, drei bei**

der FDP, nur zwei (!) bei den Linken und fünf bei den Kollegen der Bündnis/Grünen 90. Soviel zum Thema „Theorie und Praxis“ bei der so genannten Linkspartei. Nachdem Nadine Kadelka im Sommer 2007 erfolgreich ihre dreijährige Ausbildung trotz Doppelbelastung als junge Mutter in meinem Berliner Büro abgeschlossen hat, habe ich sie wunschgemäß mit einer halben Stelle fest übernommen. Sofort habe ich eine neue Auszubildende engagiert – die heute 18jährige ehemalige Hauptschülerin Hawa Öruc aus Burg hat den „Sprung“ von der Insel in die Bundeshauptstadt gewagt und ergreift ihre Chance mit beiden Händen.



Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages mit Hawa Öruc im Sept. 2007

VI . Mein Mitarbeiter-Team – die „guten Geister“ in Berlin und Eutin

Ohne SIE könnte ich meine Wahlkreisarbeit ebenso wie die in Berlin nicht bewältigen: alle Mitarbeiter/innen – die meisten davon auf eigenen Wunsch in Teilzeit beschäftigt – bilden ein „eingespieltes Team“, in dem „die Chemie stimmt“ und wo durch ständige Fortbildungsbereitschaft mittlerweile eine große Professionalität bei der Erledigung der vielen Aufgaben erreicht wurde. Es gibt immer wieder Rückmeldungen von Menschen, die mit meinen Büros Kontakt haben, die für diese zuverlässige und engagierte Arbeit viel Anerkennung zollen – die Einsatzbereitschaft aller ist grandios, und ich sage dafür von Herzen „Danke“. Zwei meiner wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen in Berlin – Barbara Braun und Birgid Schreiber – haben sich erfolgreich auf attraktive Referentenstellen im Arbeits- und Sozial- bzw. im Finanzministerium beworben – ein Beweis dafür, dass die Arbeit in meinem Büro nicht gerade karrierefördernd ist. Ihre Arbeit wird seit Ende 2006 von **Jana Steinert** wahrgenommen, die zunächst als Schwangerschaftsvertretung für Birgid in mein Büro kam. **Gesine Wenzel** ist seit 2002 meine „Gute Fee“ im Berliner Büro – ebenso wie **Regina Voß** in Eutin. **Nadine Kadelka** steht Gesine auch bei der Ausbildung von **Hawa Öruc** in Berlin zur Seite, ebenso wie **Arne Pannen**, der zusammen mit **Magnus Bünning** Janas Arbeit verstärkt. Im April 2008 schied Jenny Engel aus meinem Eutiner Büro endgültig aus – der Grund ist für mich ein besonders schöner: sie ist am 2. Juni Mutter einer kleinen Tochter geworden – zusammen mit meinem Sohn Klaas hat sie mir die erste Enkeltochter - Leni - geschenkt. Deshalb habe ich im März 2008 mit **Kirstin Winter** langfristig eine neue Mitarbeiterin in meinem Eutiner Büro eingestellt, die mit Regina Voß ein gutes Duo bildet. Mit diesem Team gehe ich gut gestärkt in den Wahlkampf 2009!

Mir macht die Arbeit als Bundestagsabgeordnete trotz mancher Rückschläge und Frustrationen gerade in einer Großen Koalition – die natürlich auch dazu gehören - viel Freude. Parteiübergreifend spüre ich bei den Menschen in meinem Wahlkreis eine hohe Akzeptanz und hoffe darum im Sommer 2009 auf große Unterstützung auch von Menschen, die nicht zu unserer Partei gehören. Ich danke Euch allen, die Ihr mir seit meiner 1. Nominierung für den Bundestag 2001 so viel Kraft und Zuspruch gegeben und Hilfe gewährt habt!

Herzlichst Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Beatrix Hagedorn". The signature is written in a cursive, flowing style with a long, sweeping tail on the final letter.